

Nr. 19/223**Fragestunde**

1. Erneute Fehlunterrichtung der Bürgerschaft zum ttz Bremerhaven durch den Senat
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 14. Januar 2016
 2. Zerstörte Friesenbrücke bei Weener
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 15. Januar 2016
 3. Spielsuchtgefahren für Jugendliche
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 19. Januar 2016
 4. Personalplanungen für die ReBUZ-Zentren in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 20. Januar 2016
 5. Krankenstand im öffentlichen Gesundheitsdienst
Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. Januar 2016
 6. Deutschförderung in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. Januar 2016
 7. Präsenz und Aktivitäten Bremer Behörden in sozialen Netzwerken
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Januar 2016
 8. Flüchtlingsintegration an Hochschulen
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Januar 2016
 9. Passgenaue Betreuungszeiten auch außerhalb der Regelbetreuungszeiten an Kindertageseinrichtungen und bei Tagespflegepersonen fördern
Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Januar 2016
 10. Nachrangigkeit der Ausbildungsgarantie
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. Januar 2016
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Wertgrenzen und Tariftreue
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 28. Januar 2016

12. Wartezeiten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 4. Februar 2016
13. Aktivitäten von Outlaw Motorcycle Gangs im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 5. Februar 2016
14. 20 Prozent Arbeitslosigkeit in Bremerhaven – düstere Aussichten für die Stadt und das Land?
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 10. Februar 2016

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/224

Recht auf Familie muss für Alle gelten – keine Einschränkung beim Familiennachzug für Geflüchtete!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 2. Dezember 2015
(Drucksache [19/193](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/225

Asylpaket II unterstützen – Zuzug von Flüchtlingen nach Bremen begrenzen – Integration fördern!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 4. Februar 2016
(Drucksache [19/260](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 19/226

Durchsetzung der Ausreisepflicht von Serienstraftätern erleichtern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 16. Februar 2016
(Drucksache [19/276](#))

Der Senat wird aufgefordert,

1. alle wissenschaftlich vertretbaren und rechtlich verhältnismäßigen Möglichkeiten einer belastbaren verbindlichen Altersfeststellung für straffällig gewordene jugendliche Flüchtlinge auszuschöpfen, um festzustellen, ob sie tatsächlich dem Schutz der UN-Kinderrechtskonvention unterfallen;
2. die eventuelle Ausweisung und Abschiebung von Serienstraftätern, bei denen ein Ausweisungsinteresse nach §§ 53, 54 Aufenthaltsgesetz besteht, prioritär vor anderen Ausweisungsangelegenheiten zu bearbeiten;
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass insbesondere mit den Maghreb-Staaten verbindliche Mechanismen zur Rücknahme von abzuschiebenden Staatsangehörigen dieser Staaten etabliert und für solche Vereinbarungen sowohl bilaterale Verhandlungen zwischen Deutschland und den betreffenden Staaten als auch Verhandlungen der EU mit den jeweiligen Staaten, hier insbesondere die laufenden Verhandlungen der EU über die Vertiefung des Europa-Mittelmeer-Abkommens hinsichtlich der Zusammenarbeit in sozialen und Bildungsfragen, genutzt werden;
4. die Problematik der Aufnahmeverweigerung bei Abschiebungen mit den Mitgliedern des Konsularischen Corps, soweit diese Staaten vertreten, mit

denen diese Problematik besteht, wie zurzeit vor allem die Maghreb-Staaten, zu erörtern;

5. sich mit den anderen norddeutschen Ländern über ein gemeinsames Konzept der Durchführung von zwangsweisen Rückführungen abzustimmen und dieses Konzept der staatlichen Deputation für Inneres vorzulegen.

Nr. 19/227

Freihändige Vergaben und beschränkte Ausschreibungen nur mit Tarifbindung – Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Dezember 2015

(Drucksache [19/191](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz unter Ziffer 1 des Antrags in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Ziffern 2 bis 4 des Antrags wie folgt zu:

2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, wie bei der Vergabe öffentlicher Aufträge Nebenangebote in angemessener Weise berücksichtigt und bei freihändigen Vergaben sowie beschränkten Ausschreibungen Existenzgründerinnen und Existenzgründer hinreichend beteiligt werden können.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, nach Projektabschluss eine Kostenkontrolle durchzuführen und diese Ergebnisse bei weiteren Vergabeentscheidungen zu berücksichtigen. Die so gewonnenen Erfahrungen sollen dazu dienen, zukünftige Nachträge aufgrund zu niedrig kalkulierter Angebote reduzieren zu können.
4. Der Senat wird aufgefordert, seine Prüfergebnisse und Vorschläge innerhalb von drei Monaten nach Beschlussfassung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vorzulegen.

Nr. 19/228

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2016

(Drucksache [19/255](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/229

37. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz vom 20. März 2015

(Drucksache [18/1795](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 37. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 19/230

Stellungnahme des Senats zum 37. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 11. August 2015

(Drucksache [19/44](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 37. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz Kenntnis.

Nr. 19/231

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum 37. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit vom 20. März 2015 (Drs. [18/1795](#)) und zur Stellungnahme des Senats vom 11. August 2015 (Drs. [19/44](#)) vom 17. Februar 2016

(Drucksache [19/290](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/232

9. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 20. März 2015

(Drucksache [18/1796](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem 9. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/233

Stellungnahme des Senats zum 9. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit

Mitteilung des Senats vom 11. August 2015

(Drucksache [19/45](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Stellungnahme des Senats zum 9. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/234

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit zum Neunten Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit vom 20. März 2015 (Drs. [18/1796](#)) und zur Stellungnahme des Senats vom 11. August 2015 (Drs. [19/45](#)) vom 17. Februar 2016

(Drucksache [19/291](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/235

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Wahlprüfungsgerichts

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sülmez D o g a n

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Turhal Özdal zum stellvertretenden Mitglied des Wahlprüfungsgerichts.

Nr. 19/236

Wahl zweier Mitglieder und zweier stellvertretender Mitglieder des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Robert B ü c k i n g

anstelle der Abgeordneten Sülmez Dogan und den Abgeordneten

Björn F e c k e r

anstelle der Abgeordneten Dr. Anne Schierenbeck zu Mitgliedern und die Abgeordnete

Sülmez D o g a n

anstelle des Abgeordneten Robert Bücking und den Abgeordneten

Mustafa Ö z t ü r k

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Turhal Özdal zu stellvertretenden Mitgliedern des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses.

Nr. 19/237

Wahl eines Mitglieds des staatlichen Petitionsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Jan S a f f e

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Turhal Özdal zum Mitglied des staatlichen Petitionsausschusses.

Nr. 19/238

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sülmez D o g a n

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Turhal Özdal zum Mitglied und die Abgeordnete

Dr. Maike S c h a e f e r

anstelle der Abgeordneten Sülmez Dogan zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

Nr. 19/239

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Rechtsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Wilko Z i c h t

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Turhal Özdal zum Mitglied und den Abgeordneten

Ralph S a x e

anstelle des Abgeordneten Wilko Zicht zum stellvertretenden Mitglied des Rechtsausschusses.

Nr. 19/240

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Dr. Maike S c h a e f e r

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Turhal Özdal zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 19/241

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Wilko Z i c h t

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Turhal Özdal zum stellvertretenden Mitglied des Richterwahlausschusses.

Nr. 19/242

Wahl eines Mitglieds des Betriebsausschusses Performa Nord

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Mustafa Ö z t ü r k

anstelle der Abgeordneten Dr. Anne Schierenbeck zum Mitglied des Betriebsausschusses Performa Nord.

Nr. 19/243

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Jan S a f f e

anstelle der Abgeordneten Dr. Anne Schierenbeck zum Mitglied der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Nr. 19/244

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sülmez D o g a n

anstelle des aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgetretenen Abgeordneten Turhal Özdal zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Nr. 19/245

Gesetz zur Änderung des Bremischen Architektengesetzes und des Bremischen Ingenieurgesetzes

Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2016

(Drucksache [19/305](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/246

Einsatz für die Flüchtlinge aus der Westsahara fortsetzen – Referendum durchsetzen!

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und der FDP
vom 14. Januar 2016
(Drucksache [19/243](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) wird ihren Einsatz für die Flüchtlinge aus der Westsahara und für ihr Recht auf Selbstbestimmung durch ein UN-geführtes Referendum fortsetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) wird anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Demokratischen Arabischen Republik Westsahara am 27. Februar 2016 entsprechend beflaggen und den Jahrestag mit einer öffentlichen Veranstaltung begleiten.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich bei der Bundesregierung und auf EU-Ebene dafür einzusetzen,

1. dass das zugesagte UN-geführte Referendum durchgeführt wird,
2. und dass die internationalen Organisationen in die Lage versetzt werden, eine ausreichende Versorgung der Flüchtlingslager im Grenzgebiet der Westsahara sicherzustellen.

Nr. 19/247

Intensivpädagogische Betreuung von straffälligen Jugendlichen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Februar 2016
(Drucksache [19/256](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/248

Intensivpädagogische Betreuungsangebote für Minderjährige unverzüglich ausweiten!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. Februar 2016
(Drucksache [19/288](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, neben der Schaffung einer fakultativ geschlossenen Einrichtung einschließlich der umgehenden bedarfsgerechten Nutzung von geeigneten stationären Interimslösungen, die folgenden Maßnahmen umzusetzen:

1. zusätzliche intensivpädagogische Betreuungsangebote für Minderjährige mit komplexem Hilfebedarf dem Bedarf entsprechend schaffen. Dazu gehören auch der Ausbau von intensivpädagogischen Angeboten in ambulanter Form und die konzeptionelle Weiterentwicklung der mobilen Betreuung.
2. die aufsuchende Straßensozialarbeit bedarfsentsprechend ausbauen und konzeptionell entsprechend der Belange der Zielgruppe weiterentwickeln, um vertrauensvolle Zugänge zu den schwierigen Jugendlichen zu schaffen und damit präventiv wie auch nachsorgend zu wirken.
3. eine Prüfung vorzunehmen, wie eine Koordinierungsstelle, Fallkonferenzen und Altersfeststellungen eingerichtet bzw. durchgeführt werden können.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, binnen vier Monaten einen Bericht vorzulegen, der über den erfolgten Ausbau und die konzeptionelle Weiterentwicklung der intensivpädagogischen, aufsuchenden und niedrigschwelligen Angebote Auskunft gibt.

Nr. 19/249

Verurteilungen nach dem Jugendstrafrecht beschleunigen – Intensivpädagogische Maßnahmen installieren

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2016
(Drucksache [19/293](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/250

Ursachen angehen statt Symptome bekämpfen. Jugendhilfe bedarfsgerecht aufstellen – intensiv- und traumapädagogische Angebote ausweiten!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 23. Februar 2016
(Drucksache [19/297](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/251

Bedeutung und Perspektiven des Landesmindestlohns

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 5. November 2015
(Drucksache [19/130](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. Dezember 2015

(Drucksache [19/230](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/252

Gesetz zur Aufhebung des Mindestlohngesetzes für das Land Bremen

Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Februar 2016
(Neufassung der Drucksache [19/285](#) vom 16. Februar 2016)
(Drucksache [19/294](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 19/253

Klimaschutz verstärken – Kohleausstieg realisieren

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 16. Februar 2016
(Neufassung der Drucksache [19/259](#) vom 4. Februar 2016)
(Drucksache [19/286](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Nr. 19/254

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Allgemeine Ausbildungssituation und Angebote für geflüchtete Jugendliche mit Ausbildungsbedarf
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 9. November 2015
(Drucksache [19/131](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Januar 2016
(Drucksache [19/250](#))
2. Beschäftigungspolitik umsteuern
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 18. November 2015
(Drucksache [19/159](#))
3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Wohnungsaufsichtsgesetzes
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 30. November 2015
(Drucksache [19/180](#))
1. Lesung
4. Lebensmittel gehören auf den Teller, nicht in die Tonne!
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. November 2015
(Drucksache [19/167](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. Januar 2016
(Drucksache [19/235](#))
5. Ausschöpfung der ESF- und EFRE-Mittel im Bundesland Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 1. Dezember 2015
(Drucksache [19/182](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. Januar 2016
(Drucksache [19/237](#))
6. Bremerhavener Rohniederung unter Naturschutz stellen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 2. Dezember 2015
(Drucksache [19/192](#))
7. Bundesjugendspiele erhalten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Dezember 2015
(Drucksache [19/221](#))
8. Beiräte stärken, Planungssicherheit und öffentliche Akzeptanz von Asylsuchenden erhöhen!
Antrag der ALFA-Gruppe
vom 22. Dezember 2015
(Drucksache [19/227](#))

9. 5. Bericht über die Tätigkeit des Landesbehindertenbeauftragten für den Zeitraum vom 1. Januar 2013 bis zum 31. Dezember 2014
vom 4. Januar 2016
(Drucksache [19/232](#))
10. Ganztagsschulangebote auch auf Flüchtlingskinder ausrichten
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Januar 2016
(Drucksache [19/245](#))
11. Beteiligung am Bildungsurlaub erhöhen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Januar 2016
(Drucksache [19/253](#))
12. No Hate Speech!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 8. Februar 2016
(Drucksache [19/264](#))
13. Faire Chancen für Alleinerziehende in Bremen schaffen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Februar 2016
(Drucksache [19/265](#))
14. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. Februar 2016
(Drucksache [19/266](#))
15. Zukunft der Exzellenzinitiative – jetzt die Weichen stellen!
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 16. Februar 2016
(Neufassung der Drucksache [19/268](#) vom 9. Februar 2016)
(Drucksache [19/275](#))
16. Am Ausbau der Mittelweser als Lebensader Bremens festhalten
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 9. Februar 2016
(Drucksache [19/269](#))

